

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)
Ministerin
Frau Dr. Ursula von der Leyen
Wilhelmstraße 49
10117 Berlin

Deutscher Bundestag
Haushaltsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Offener Brief

von Menschen in verschiedenen Arbeitsfördermaßnahmen gemäß SGB II angesichts der Streichung der Mittel für den Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor und angesichts der vom Haushaltsausschuss des Bundestages veranlassten Sperre für den Haushalt der JobCenter

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau von der Leyen,

die Unterzeichneten sind im Durchschnitt zwei bis fünfzehn (oder mehr) Jahre arbeitslos, haben in dieser Zeit zusammen x-tausend Bewerbungen geschrieben, sowohl Initiativbewerbungen wie Bewerbungen auf konkrete Angebote - in aller Regel ohne Erfolg. Wir stehen jetzt vor dem Scherbenhaufen Ihrer Politik, Ihres Nichthandelns und Ihrer Verweigerung gegenüber einer offensiven arbeitsmarktpolitischen Weichenstellung für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Wir sind bereits entlassen oder werden in den nächsten Monaten entlassen werden, entlassen aus unserer Arbeit in sozialen, kulturellen, integrationfördernden, Sport- und Projekten der Nachbarschaftsarbeit. Wir werden uns wiederfinden in der Arbeitslosigkeit, ohne Chance auf eine Arbeit, durch die wir unseren Lebensunterhalt und den unserer Familien bestreiten können.

Was hat uns die Arbeit auf dem zweiten Arbeitsmarkt gebracht, die Tätigkeit in einem Verein, der soziale und kulturelle Angebote für die Bevölkerung im Kiez macht, der in Pflege- oder Seniorenheimen für Kommunikation und soziale Kontakte der Bewohner/innen sorgt, der die Nachbarschaftskontakte im Kiez knüpft und pflegt, der ehrenamtliche Aktivitäten fördert?

Nach langjähriger Arbeitslosigkeit stehen wir morgens wieder mit Freude und in Erwartung eines sinnvollen Tagewerkes auf und gehen zur Arbeit. Wir haben nach Zeiten der Selbstzweifel - und Ablehnungen für Bewerbungen haben nicht nur diese Folge - wieder Vertrauen in unsere Fähigkeiten gewonnen. Wir haben von den Menschen, die wir mit unserer Tätigkeit, beim Organisieren und/oder bei der Betreuung von kulturellen, Sport- und Bildungsveranstaltungen, beim Vorlesen, beim Schneeschieben, bei der Pflege eines Schulgartens oder eines Bürgerparks in ihrem Alltag unterstützen, etwas zurückbekommen, nämlich ihre Hochschätzung des von uns Geleisteten. Wir haben wegen und trotz langer Arbeitslosigkeit erlebt, dass wir etwas können, dass wir etwas leisten. Wir haben selbst bei einem derart diskriminierenden Modell wie dem Ein-Euro-Job ein bisschen was für die Haushaltskasse beitragen können. Viele von uns haben nicht nur aufgrund der langen Arbeitslosigkeit an Leistungskraft und -fähigkeit verloren, schwerwiegende gesundheitliche Handicaps haben wir, wenn auch nicht physisch oder psychisch überwinden, so doch mental

überbrücken können, so dass wir in unserer ÖBS-geförderten Arbeit auf längere Sicht für uns und für unsere Träger wieder Ziele formulieren, verfolgen und realisieren können, zugunsten der Menschen in unserem Umfeld, zugunsten ihres Zusammenlebens, in dem wir mit einem Male nicht mehr abseits stehen, sondern für das wir allherhand bewirken konnten.

Mit diesen Maßnahmen waren wir eine gute Zeit den Diskriminierungen in den JobCentern entzogen und konnten einiges für unser Selbstwertgefühl tun.

Wir hatten es lange am eigenen Leibe erlebt: Arbeitslosigkeit und ständige Unsicherheit über die berufliche Zukunft machen krank und verstärken Selbstzweifel.

Was glauben Sie, was das alles für unser Selbstbewusstsein bedeutet, gegenüber den Menschen, denen wir mit unserer Arbeitsleistung helfen konnten, in der Familie, gegenüber unseren Kindern.

Mit der Streichung der Mittel für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor der JobCenter und ebenso mit der aktuellen Haushaltssperre sind all diese Prozesse für viele von uns und für alle die, die wie wir diese Segnung der Förderung und der Stärkung des eigenen Integrationswillens in die Arbeitswelt und in das soziale Gefüge suchen und brauchen, infrage gestellt.

Sie kehren zurück zum System der teuren Finanzierung der Arbeitslosigkeit und sparen damit weiter und sogar verstärkt an der falschen Stelle. Sie sorgen dafür, dass auf uns weiter und verstärkt Druck ausgeübt wird, ohne dass sich unsere Chancen auf eine Arbeitsstelle auf dem ersten Arbeitsmarkt realistisch verbessern.

Die letzte Chance zu einer befriedigenden Arbeit auf dem zweiten Arbeitsmarkt für viele von uns wurde gerade durch die von Ihnen veranlasste Haushaltssperre im Budget der JobCenter im Umfang von 900 Mio. € erneut vermindert.

Und unsere Erfahrungen in dieser Arbeit sagen uns: Diese Maßnahme hat nicht nur Konsequenzen für unsere Zukunft in dem System der sozialen Arbeit. Es beschädigt dieses System selbst nachhaltig. Statt sinnlos zum nur scheinbaren Vorteil des Staatshaushaltes zu sparen, sollten Sie die Projekte und Ideen fördern, die soziale und kulturelle Arbeit zum Nutzen der Gesellschaft zur Verfügung stellen, sollten Sie dafür sorgen, dass nicht Arbeitslosigkeit - für die Arbeitslosen schlecht und recht - finanziert wird. Sie sollten sichern, dass diese notwendige soziale Arbeit finanziert werden kann, in der auch wir in der Vergangenheit und in der Gegenwart ab und an eine Chance bekommen haben, uns zu beteiligen, für uns selbst und zugunsten des Zusammenlebens in dieser Gesellschaft.

Wir protestieren gegen diese Sparorgie für die JobCenter. Wir fordern Sie auf, Arbeitsgelegenheiten für alle arbeitswilligen arbeitslosen Menschen in unserem Lande zu schaffen und Chancen für ein Leben mit Arbeit zu eröffnen, die uns ein menschenwürdiges Leben durch eigene Arbeit ermöglichen.

Berlin, am 18. März 2010

Anlagen: Unterschriften in Kopie (die Originalunterschriften sind an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gegangen)

Anfragen an die Verfasser bitte über
Lichtenberger Kulturverein e.V.
c/o Stadtteilzentrum Lichtenberg Mitte in der KULTschule
Sewanstraße 43
10319 Berlin
E-Mail: projekt@kultschule.de